

ist es umgekehrt. Die Regierungstruppen sind auf alle Landesteile verteilt, während die LTTE-Truppen in Mullaithivu konzentriert sind.

**Wie sehen Sie die Rolle der politischen Führer in dem Militärkonflikt?**

Es hat politische Interventionen in den militärischen Operationen gegeben. Anuruddha Ratwatte, der stellvertretende Verteidigungs- und Energieminister, hat die Führung über die Militäroperationen übernommen. Die Offiziere, die sich nicht untergeordnet haben, sind entweder aus der Armee entlassen oder in unbedeutende Bereiche transferiert worden. Es handelt sich dabei um genau den Personenkreis, der früher für militärische Erfolge gesorgt hat.

Die Strategie, Soldaten zu opfern, um territoriale Gewinne zu erzielen, hat nicht funktioniert, sondern vielmehr zur Demotivation innerhalb der Armee geführt. Dies trifft nicht nur für die Bodentruppen, sondern auch für die Marine zu. In den letzten drei Jahren hat die LTTE bewiesen, daß sie die Seeroute zwischen Trincomalee und Kankesanthurai kontrollieren kann. Mittlerweile benutzt die LTTE sogar Flugzeuge; und die Truppen werden mit Waffen und Ausrüstungsmaterial ausgestattet, das die LTTE von den Regierungstruppen erobert hat. Die Verluste der Regierungstruppen in den letzten vier Jahren belaufen sich auf 11.500 Todesopfer, während sie in dem Zeitraum von 1983 bis 1994 bei etwa 6.000 bis 7.000 Toten lagen. All dies zeigt den Grad der politischen Dimension des Konflikts.

**Sind Sie darüber besorgt, daß so viele Soldaten die Streitkräfte verlassen?**

Es ist ein großes Problem. Tagtäglich verlassen Soldaten die Armee, und niemand tritt in die Armee ein. Unsere Stärke ist erheblich reduziert.

**Es wird davon geredet, in Zukunft die Wehrpflicht einzuführen, wenn dieser Zustand weiterhin anhält.**

Die Wehrpflicht wird nicht eingeführt werden, da sie politisch unpopulär ist. Es war die Idee des Verteidigungsministers, aber die Regierung wird diese Idee nicht weiterverfolgen.

**Abschließend zur Frage der Dezentralisierung. Können Sie uns die aktuelle Position ihrer Partei zum derzeitigen Stand geben und dazu, was noch zusätzlich getan werden muß?**

Die derzeitigen Maßnahmen zur Dezentralisierung werden keine Akzeptanz in Sri Lanka finden, weder bei den meisten Parteien im Süden des Landes noch bei der LTTE im Norden. Dezentralisierung ist wichtig, aber meiner Meinung nach ist die Grundlage einer jeden politischen Regelung ein Staat, der auf Demokratie, Gesetzgebung, Menschenwürde und der Verfassung beruht. Dadurch wird die Gleichbehandlung aller Einwohner Sri Lankas sowie die Akzeptanz ihrer unterschiedlichen Kulturen und Sprachen gewährleistet. Die UNP ist der Meinung, daß innerhalb eines ungeteilten Sri Lanka die Macht zu einem großen Teil auf die unteren Verwaltungsebenen übertragen werden kann, und zwar nicht nur auf die Provinzen, sondern auch auf die lokale Ebene.

**Wie schätzen Sie die politische Situation an der Basis ein? Sie sind nun in der Phase des Wiederaufbaus der Partei. Die UNP war einmal die führende Partei Sri Lankas, aber sie mußte viele Rückschläge hinnehmen, und es gab auch eine Periode der völligen Unordnung. Wie schätzen Sie die Situation ihrer Partei in den verschiedenen Landesteilen ein?**

Die Parteistruktur nimmt mittlerweile wieder feste Formen an. Viele neue Personen treten der Partei bei. Wir haben unsere Professionalität und unseren Enthusiasmus wiedergefunden. Auch an der Basis hat es viele Umstrukturierungen gegeben: Zum ersten Mal seit etwa zehn Jahren werden die Jugend- und Frauengruppen neu organisiert, und wir haben für je zwei Wahlkreise eine verantwortliche Person eingesetzt, die sich um die Belange der Partei kümmert. Zur Zeit verfügen wir über etwa 16.000 Parteibüros in allen Landesteilen mit Ausnahme der nördlichen Provinz. Es war eine gewaltige Aufgabe, diese Büros einzurichten. Ich bin überzeugt und voller Hoffnung, daß die UNP bei den nächsten Wahlen zur stärksten Partei werden und die Mehrheit im Parlament erhalten wird.

(Das Interview erschien in 'Frontline', Madras und wurde von N. Ram geführt. Die Übersetzung besorgte Axel Finger)

# Krieg und Frieden in Sri Lanka

von R. Cheran

Vor nunmehr 16 Jahren hat der ethnische Konflikt in Sri Lanka den Status eines Bürgerkrieges angenommen. Seit dieser Zeit kommt es zu einer Eskalation, die von zahlreichen Tragödien, von Fehlern, Massakern und nicht genutzten Chancen sowie wachsendem Leid für Hunderttausende geprägt ist. Jetzt gehen die Auseinandersetzungen in ein neues Jahr - niemand weiß, was es bringen wird.

Bevor ich mit einer Analyse beginne, möchte ich auf folgende Ereignisse verweisen:

- 7. September 1998: Eine private Auseinandersetzung zwischen zwei Personen, einer ist Muslim, der andere Sinhalese, führt in der Stadt Kurunegala zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der dort lebenden sinhalesischen und muslimischen Bevölkerung.

Muslimische Geschäfte werden attackiert und in Brand gesetzt. Überall wird auf sinhalesisch-sprachigen Postern dazu aufgefordert, muslimische Geschäfte zu boykottieren.

- 8. September 1998: Zwei sinhalesische Männer werden auf einer Teeplantage im Ratnapura Distrikt beim Austragen eines privaten Disputs getötet. Daraufhin werden 300 Unterkünfte von tamilischen Plantagenarbeitern, sogenannte 'Line Rooms', von Sinhalesen aus der Nachbarschaft überfallen und in Brand gesetzt.

- 26. September 1998: Kochchikade im Negombo Distrikt. Der Konflikt zwischen einem tamilischen Geschäftsmann und einigen seiner Nachbarn - es geht um eine Grenzmauer zwischen ihren Grundstücken - steigert sich zu einem blutigen Sinhalesen-Tamilen-Konflikt.

Zwei tamilische Geschäfte gehen in Flammen auf und im Verlauf werden zahlreiche weitere Vorfälle von Brandstiftung und Gewalt gemeldet.

Es ist schon erschreckend, wie die oben aufgezeigten privaten Auseinandersetzungen zwischen Einzelpersonen schnell in großflächige ethnische Pogrome, die gegen Minderheitsgruppen gerichtet sind, ausarten. Es ist nicht auszuschließen, daß sich in Zukunft wieder größere anti-tamilische oder anti-muslimische Pogrome ereignen könnten, so, wie es 1983 in vielen Landesteilen der Fall war. Besonders zu erwähnen sind die derzeitigen offenen und gut geplanten Kampagnen gegen muslimische Händler in zahlreichen Gebieten der Insel. So zum Beispiel in Kiribathgoda, einem Vorort von Colombo, der an der Hauptstraße nach Kandy liegt. Dort ex-



Bei jüngsten Auseinandersetzungen sind zunehmend auch die Muslime Sri Lankas Zielscheibe geworden  
(Foto: Michael Mertsch)

plodierte im Juni letzten Jahres eine Bombe und zerstörte einen gerade errichteten Laden eines muslimischen Kaufmanns. Auch die Beschriftung von Geschäften in tamilischer Sprache wird von Bewohnern des Ortes offensichtlich nicht geduldet. Ziel ist es, Geschäftsleute, die zu den Minderheitengruppen zählen, aus dem Ort zu vertreiben.

Ähnliche Vorfälle werden aus den Orten Welimada, Galagedera, Matala und Puttalam gemeldet. All diese Vorfälle müssen in einem entsprechenden Kontext gesehen werden. In den letzten Jahren haben zahlreiche sinhalesisch-chauvinistische Organisationen wie 'National Movement against Terrorism', 'Sinhala Veera Vidhana', 'All Ceylon Buddhist Congress' und 'Sinhala Commission' große Kampagnen durchgeführt, die sich gegen den Einfluß von Minderheitengruppen richteten oder ihre Opposition gegen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges im Land zum Ausdruck brachten. All diese Organisationen haben in dieser Zeit für ihre Aktivitäten durch Teile der sinhalesisch und

englisch-sprachigen Medien außergewöhnlich viel Publizität erhalten. Einige der Menschenrechtsorganisationen in Sri Lanka werfen Teilen der Regierung und Opposition vor, diese Organisationen stillschweigend zu fördern. Eine kritische sinhalesische Zeitung wirft der regierenden 'Peoples Alliance' sogar vor, das 'Movement against Terrorism' finanziell zu unterstützen.

Noch im letzten November hat das 'Movement' versucht, eine Zusammenkunft von Friedensaktivisten und -organisationen in Colombo zu verhindern. Eingeladen hatte das 'National Peace Council', eine Dachorganisation, und etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus zahlreichen Landesteilen waren nach Colombo gekommen.

In der derzeitigen Atmosphäre von Mißtrauen und Feindseligkeit ist mit Erleichterung festzustellen, daß die Friedensaktivisten es trotz aller Behinderungen geschafft haben, erstmals auch Teile der Geschäftswelt und ihre Verbände zu aktivieren. Dazu zählen die 'Ceylon Chamber of Commerce' und

vier weitere Handelsverbände, die kürzlich selbst zu einer Zusammenkunft politischer Parteien und Friedensgruppen eingeladen hatten. Während der Diskussion stellten Vertreter der Verbände ein 10-Punkte-Programm zur Beendigung der Feindseligkeiten und des Krieges vor. Die Friedensaktivisten hoffen nun, daß der Einstieg der Geschäftswelt in die Friedensarbeit Früchte trägt.

### 'Border Commission'

In einem Versuch, die besonderen Probleme der Bevölkerung zu ergründen, die am Rande der Kriegsgebiete im Norden und Osten der Insel leben, hat kürzlich die Menschenrechtsorganisation 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) eine 'Border Commission' ins Leben gerufen. Bisher sind eine Reihe von Delegationen in die Gebiete von Puttalam, Anuradhapura, Vavuniya, Polonnaruwa, Trincomalee, Batticaloa, Amparai und Monaragala entsandt worden, um die Probleme der dort lebenden Bevölkerung besser kennenzulernen. Zwischenzeitlich sind die Erfahrungen in einen Bericht eingeflossen, der sowohl der Regierung als auch der LTTE Ende des letzten Jahres zugestellt wurde. Verbunden war die Veröffentlichung des Berichts mit einer großen Demonstration, an der sich tausende von Aktivisten und Bewohner der "Grenzgebiete" beteiligten.

### 'Great Heroes'-Rede des LTTE-Führers

In seiner Jahresansprache aus Anlaß des 'Tages des Märtyrers' Ende November, hat LTTE-Führer Prabhakaran seine Bereitschaft erklärt, mit der Regierung in einen Dialog eintreten zu wollen, um eine dauerhafte Lösung zur Beendigung des Krieges zu finden. Aber die Regierung hat bisher auf sein Angebot keine entsprechende Antwort gegeben. Präsidentin Chandrika Kumaratunga hat jedoch kürzlich in einem Interview mit der in Madras erscheinenden Zeitschrift 'Frontline' Gespräche mit der LTTE nicht vollständig ausgeschlossen.

Im Januar gab es dann die Meldung, der südafrikanische Präsident Nelson Mandela sei gleichermaßen von der LTTE wie auch der Regierung als Vermittler im Konflikt akzeptiert worden. Weitere Details liegen noch keine vor. Es ist jedoch Skepsis geboten, da in den vergangenen Jahren zahlreiche Angebote aus vielen Ländern kamen, als Vermittler aufzutreten. Immer wieder war es jedoch die srilankische Regierung, die solche Offerten ablehnte. So muß man abwarten, ob das neuerliche Angebot nicht dasselbe Schicksal erleidet.

Für einen dauerhaften Frieden sind jedoch riesige Anstrengungen und Veränderungen notwendig. Diese betreffen vor allem die derzeitigen Strukturen des Staates.

### Der srilankische Staat

Einer der Hauptfaktoren, die zum ethnischen Konflikt und seiner Eskalation führten, ist die Ausrichtung und Struktur des post-kolonialen Staates und seine Politik gegenüber den Minderheitengruppen. Der Staatsapparat wurde zunehmend monolithisch und repräsentierte vorwiegend die sinhalaisch-buddhistische Mehrheitsbevölkerung. Diese Politik begann sofort nach 1948 und setzte sich anschließend fort, egal, welche Regierung jeweils an der Macht war. Sie kulminierte in der verfassungsmäßigen Verankerung der Dominanz der sinhalaischen Buddhisten über die Minderheitsgruppen im Jahre 1972 und dann nochmals 1978. Auch das sogenannte 'Devolution Proposal' der jetzigen Regierung wird diesbezüglich wohl keine Umkehr erreichen. Zu groß ist die Ablehnung, Sri Lanka als multi-ethnischen und multi-lingualen Staat zu akzeptieren. Diese Ablehnung wird die Frustration auf Seiten der Minderheiten noch weiter vergrößern.

Die fundamentalen Veränderungen, die für eine friedliche, gleichberechtigte und gerechte Koexistenz der verschiedenen Völker der Insel notwendig sind, machen eine vollständige Neustrukturierung des Staates entlang föderaler oder kon-föderaler Linien notwendig. Dazu zählt auch ein repräsentativerer und alle Bevölkerungsgruppen umfassender Staatsapparat sowie ein klares Bekenntnis zu seiner säkularen Ausrichtung.

Die Regierung von Chandrika Kumaratunga, die Ende 1994 an die Regierung kam, hat es bisher noch nicht einmal geschafft, die Beschriftung auf offiziellen Schildern zu verändern und dafür Sorge zu tragen, daß Sinhalaisch, Tamilisch und Englisch gleichermaßen repräsentiert sind. Dies ist eine Katastrophe!

Auch die derzeitige Regierungspolitik des "Krieg für den Frieden" ist katastrophal! Die hohe Zahl von "Verschwundenen" ist erschreckend. Nach einem Bericht von 'amnesty international' verschwanden allein in Jaffna 1996 über 600 Menschen; weitere 190 Fälle wurden 1997 registriert. Die jetzige Regierung spricht in einer Erklärung davon, daß unter der Vorgängerregierung 16.742 Menschen "verschwunden" seien, das Schicksal von weiteren 6.000 sei ungeklärt. Dabei muß die Frage erlaubt sein, warum die

Regierung den Zeitraum der von ihr eingesetzten Kommission zur Untersuchung von Fällen von "Verschwindenlassen" nur auf die Vorgängerregierung beschränkt.

Menschenrechtsgruppen setzen die Zahlen hingegen höher an und sprechen von 60.000 "Verschwundenen". In einer Analyse der Zeitschrift 'Christian Worker' wird davon ausgegangen, daß 60 Prozent der "Verschwundenen" unter 30 Jahre alt sind -; knapp 15 Prozent davon sogar Jugendliche unter 18 Jahre.

Das "Verschwindenlassen" ist dabei nicht wie die Regierung immer behauptet ein Resultat von "Exzessen" - von Ausnahmen also - sondern gründet auf einer Struktur, die bereits auf den obersten Ebenen angelegt ist. Beispielhaft aus einer Rede von Ranjan Wijerathne, dem damaligen stellvertretenden Verteidigungsministers, im Jahre 1990: "Man kann die Dinge nicht den normalen Gesetzen gemäß voranbringen. Diese Vorgehensweise verschlingt zuviel Zeit. Wenn ich meinen guten Freunden, den Anwälten, die Lösung der Probleme überlassen würde, wäre sowieso alles zu spät."

Heute geschehen die meisten Taten im Kontext des Krieges, auf den sich dann beide Seiten - die srilankanische Regierung und die LTTE - bei ihren abscheu-



Aus privaten Streitigkeiten werden zunehmend pogromartige Auseinandersetzungen. Oft ist die Polizei nicht Herr der Lage oder greift erst garnicht ein (Foto: Michael Mertsch)

lichen Menschenrechtsverletzungen be- rufen. 'Amnesty International' stellt in seinem Report von 1998 fest, daß Folter und Mißhandlungen im Armee- und Po- lizeigewahrsam an der Tagesordnung sind und die Regierung illegale Gefäng- nisse unterhält.

Die andere wichtige politische Ent- scheidung betrifft die Beschränkung der Lebensmittelversorgung in die von der LTTE kontrollierten Vanni-Gebiete und andere Regionen im Osten. Berichte aus diesen Gebieten beschäftigen sich mit Fällen von Mangelernährung und Hun- gertoten aufgrund von Einschränkungen der Trockenrationen unter mehr als 80.000 Familien in den Kilinochchi und Mullaitivu Distrikten. Seit Juli 1998 hat die Regierung die Nahrungsmittelvertei- lung drastisch gekürzt - bei den Trockenrationen um 32 Prozent. Aus Rücksicht auf Proteste aus den Jaffna und Mannar Distrikten wurden die Ent- scheidungen dort revidiert, im restlichen Nordosten blieben sie jedoch bestehen. Die Frage der Nahrungsmittelversorgung bleibt ein ständiger Streitpunkt zwischen dem Verteidigungsministerium und den tamilischen Distriktoffiziellen. Während Regierungsvertreter vor Ort, Nichtregie- rungsorganisationen und andere Hilfs- werke auf den besorgniserregenden Zu- stand vieler Menschen hinweisen, be- hauptet die Regierung, daß die Zahl be- dürftiger Personen bewußt gefälscht und nach oben korrigiert worden sei. Im

Dezember erlaubte die Regierung dem Vorsitzenden der Versorgungsbehörde, das von der LTTE kontrollierte Gebiet zu besuchen. Das Ergebnis: der Vorsitzende erhöhte die Zahl derjenigen, die für die Lebensmittelrationen in Betracht kommen, um 50.000. Die Versorgung bleibt dennoch ungenügend und der Protest ebbt nicht ab.

#### Kampagne gegen NGOs und Men- schenrechtsgruppen

Eine systematische Kampagne gegen NGOs und Menschenrechtsgruppen ist zu beobachten. Während die Regierung selbst die Losung ausgegeben hat, NGOs zu kontrollieren, gibt es andere Grup- pen, die lautstark Stimmung gegen Menschenrechtsgruppen machen. Frie- densgruppen befinden sich zwar zur Zeit im Aufwind, meistens reagieren sie je- doch zu langsam. Die meisten der Frie- densgruppen unterstützten ursprünglich die Chandrika-Regierung und wurden später zu ihrem Sprachrohr. Damit ver- loren sie an Glaubwürdigkeit vor allem bei den Minderheitengruppen. Ihre an- dere große Schwäche ist ihre nicht im- mer existierende Verwurzelung in der Basis.

#### LTTE-Politik und verschärfter tami- lischer Chauvinismus

Ein weiterer beängstigender Faktor ist

der wachsende tamilische Chauvinismus innerhalb der LTTE sowie in der tami- lischen Diaspora. Die Aktivitäten der Friedensgruppen im Süden Sri Lankas werden durch diese Elemente mit Arg- wohn oder sogar Hohn betrachtet. Das respektierte 'National Peace Council' wird von tamilischen Chauvinisten als sinhalesisch geprägtes und rassistisch ausgerichtetes Netzwerk verunglimpft. Jeder dauerhafte Frieden auf Sri Lanka hängt von einer Versöhnung der ver- schiedenen Gemeinschaften ab. Ver- söhnung ist ein schwieriger Prozeß, bei dem auch langgehegte Feindbilder be- graben werden und offene Wunden heil- en müssen. Dringend müssen daher sowohl die tamilische als auch die sin- halesische Seite ihre Politik überdenken und auch die gemachten Fehler reflektie- ren. Die Friedenslobby im Süden zu stärken, ist für die Tamilen ein notwen- diges und wichtiges Projekt. Leider sind sie sich dessen nicht bewußt.

Frieden kann nicht von oben verordnet werden. Er muß sich von unten entwik- keln, wobei dies Fingerspitzengefühl, Basisarbeit und Erziehung erfordert. Aber vor allem bedarf es zu seiner Re- alisierung eines annehmbaren Klimas; eines Klimas ohne menschliches Leiden. Unglücklicherweise registrieren die po- litischen Führer auf beiden Seiten nicht den Wunsch der einfachen Menschen und sehen Frieden und Versöhnung nicht als eine mögliche Option an.

## Keine soziale Absicherung für Rückkehrer

*Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus einem von Walter Keller für das Hamburgische Oberverwal- tungsgericht (OVG BfVI 10/97) erstellten Gutachten, bei dem es u.a. um die soziale Absicherung von rückkehrenden Tamilinnen und Tamilen geht. Diese Frage beschäftigt in letzter Zeit zunehmend die Verwaltungsgerichte.*

**Frage des Gerichts:** Kann ein sich im Großraum Colombo aufhaltender Tamile mit staatlicher Unterstützung bei der Beschaffung von Lebensmitteln rechnen? Das Auswärtige Amt hat in einer Auskunft an das OVG Lüneburg vom 14.1.1997 mitgeteilt, ca. 7 Mio. Srilanker erhielten staat- liche Hilfe in Form von Essensmarken. Würde ein im Großraum Colombo lebender, als abgelehnter Asylbewer- ber aus Europa zurückgekehrter arbeitsloser und auf sich selbst gestellter Tamile solche Essensmarken erhalten? Wo könnte er ggf. die Essensmarken einlösen, und was läßt sich über Qualität und Quantität der für die Essensmarken ausgegebenen Nahrungsmittel sagen? Kann insbesondere der gesamte Bedarf eines Menschen an Nahrung mittels der Essensmarken gedeckt werden?

Antwort des Gutachters: Die Mitteilung des Auswärtigen Amtes, ein Großteil der srilankischen Bevölkerung erhalte staatliche Hilfe, ist korrekt. Jedoch würde ein rückkehrender Tamile, der sich im Großraum von Colombo aufhält, keine staatliche Unterstützung erhalten können, auch keine Es- sensmarken, da er nicht zum Kreis der An- spruchsberechtigten zählt.

Keller-Kirchhoff hat in einer Aussage vom 27.10.1992 vor dem VGH München erklärt, Flüchtlinge erhielten vom Staat sog. Trockenrationen. Dies deckt sich mögli- cherweise mit der vom Auswärtigen Amt gegebenen In- formation, derzufolge der Staat einfache Grundnah- rungsmittel - offenbar an Stelle von Essensmarken - zur Verfügung stellt. Würde derartige Trockenrationen bzw. Grundnahrungsmittel auch ein Tamile in der oben be- schriebenen Situation erhalten? In welchem Ausmaß wür- den sie ggf. zur Deckung des Nahrungsbedarfs beitragen? Auch Trockenrationen (sog. "dry rations") werden nicht an rückkehrende Tamilen aus Europa vergeben. Sie fallen nicht in die Kategorie der Anspruchsberechtigten eines Programms